

Flucht ins Nationale

Der Wirtschaftsforscher Gustav Horn über die Folgen neoliberaler Politik. Seite 3



Seltene Treue

Der Pinguin Dindim besucht jedes Jahr seinen Retter. Seite 20

Foto: dpa/Georg Ismar



Die bessere Alternative

Die Wahl zwischen Clinton und Trump ist wie die zwischen Pest und Cholera. Dabei gäbe es für Linke eine Alternative: Jill Stein, die Kandidatin der Grünen. Seite 15

Foto: dpa/Green Party

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 27. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 227

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kleine Erfolge

Fabian Lambeck über die Bilanz der Islamkonferenz

Mehr als vier Millionen Muslime soll es in der Bundesrepublik geben. Ganz genau weiß das niemand. Wahrscheinlich hat sich ihre Zahl im Zuge der Flüchtlingskrise noch einmal deutlich erhöht. Nicht alle von ihnen sind religiös. Da es im Islam aber nicht ganz unkompliziert ist, sich vom Glauben loszusagen, sind viele von ihnen sogenannte Kulturmuslime, die nie eine Moschee besuchen. Ansonsten ist die muslimische Welt bunter, als es der alles gleichmachende Oberbegriff Islam vermuten lässt. Zumal es bei den Sunniten, die die Mehrheit der Muslime stellen, keine zentrale religiöse Instanz gibt. Hier überhaupt einen Dialog in Gang gesetzt zu haben, gehört sicher zu den Verdiensten des Projektes Islamkonferenz.

Dabei war und ist die Debatte von Misstrauen begleitet, was sich auch in der Tatsache widerspiegelt, dass der Dialog beim Bundesinnenministerium angesiedelt wurde. Dass die Ressortleiter bislang stets aus Parteien kamen, die das große C im Namen führen, macht zudem deutlich: Hier saßen und sitzen nicht nur Vertreter des säkularen Staats am Verhandlungstisch, sondern auch die Hüter des christlichen Glaubens.

Einem Atheisten kann eigentlich nicht gefallen, dass es Dank der Konferenz nun auch Islamunterricht an Schulen gibt und zudem fünf Zentren für Islamische Theologie an deutschen Universitäten eingerichtet wurden. Wenn man allerdings bedenkt, dass das Gefühl, die eigene Religion werde benachteiligt, fundamentalistische Einstellungen begünstigt, dann hat die Konferenz tatsächlich ein paar kleine Erfolge erzielt.

UNTEN LINKS

Montag, 15.05 Uhr: »Sachsen will sich am 3. Oktober weltoffen präsentieren.« Meldet der Evangelische Pressedienst. Und damit muss dieser kleine Text leider auch schon enden. In der Redaktionsplanung wird »unten links« als Glosse gehandelt, das Lexikon erklärt das Genre so: ein kurzer, pointierter, satirischer Beitrag. Oder eben in einem Satz: »Sachsen will sich am 3. Oktober weltoffen präsentieren.« *tos*

Ein Türspalt

Vor zehn Jahren wurde die Deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen

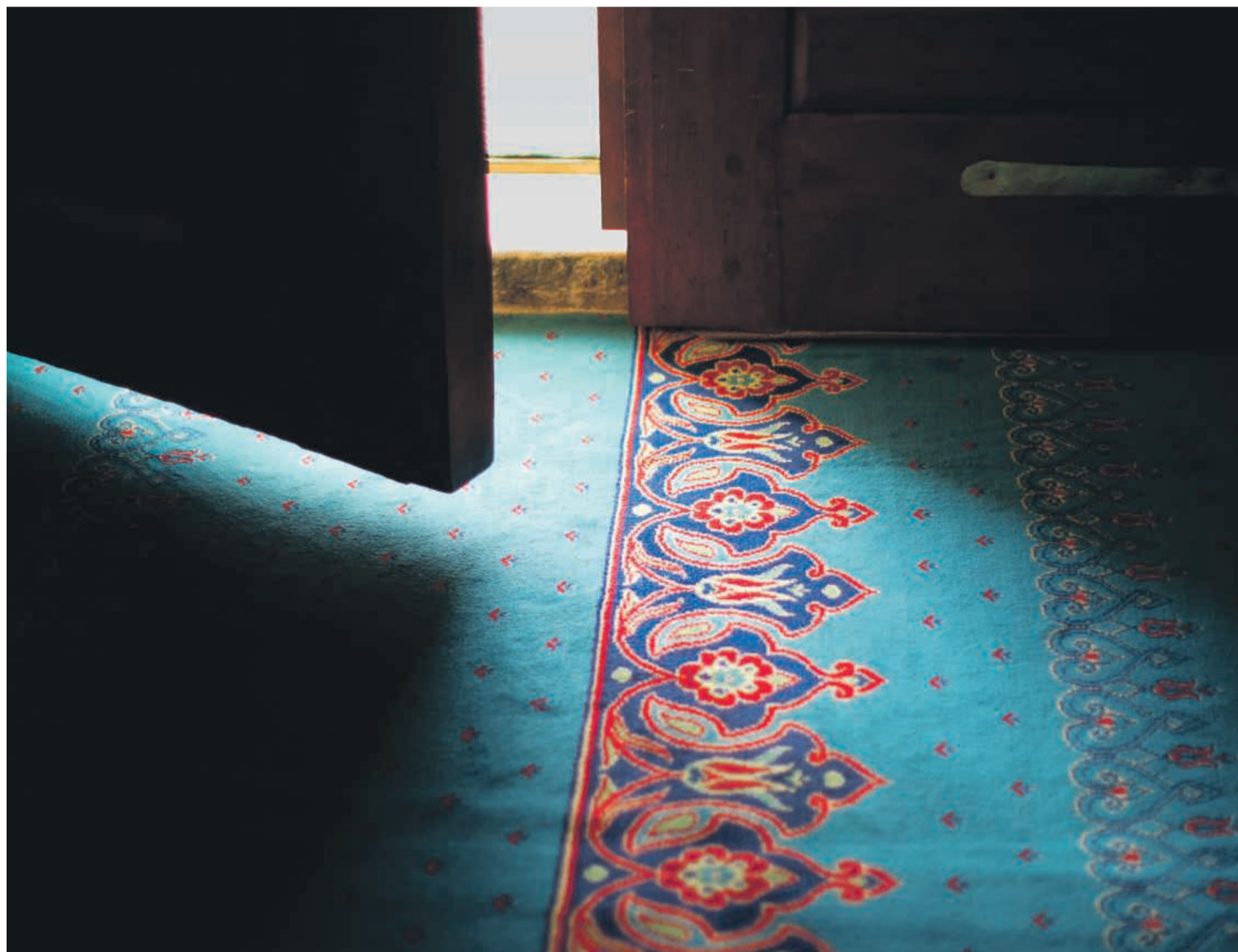


Foto: Dawn Hänsch

Berlin. Das zehnjährige Bestehen der Islamkonferenz soll am heutigen Dienstag mit einem Festakt in Berlin gefeiert werden. Als Redner erwartet werden neben Konferenzgründer Wolfgang Schäuble (CDU), auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sowie Bekir Alboga als Vertreter der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), die wegen ihrer Nähe zu Ankara zunehmend in der Kritik steht. Die LINKEN-Politikerin Sevim Dagdelen bezeichnete das als »politisch fatales Signal«.

Die islamische Religionspädagogin Lamyia Kaddor übt ganz grundsätzliche Kritik an der

Zusammensetzung der Konferenz. »Nachdem man zu Beginn viele sogenannte Islamkritiker eingeladen hatte, die oft nur schlecht getarnte Islamfeinde waren, wird dieses Gremium heute vor allem von den konservativen Islamverbänden dominiert.« Lange Zeit war die Konferenz von sicherheitspolitischen Aspekten geprägt und stand unter dem Hardliner Hans-Peter Friedrich (CSU) kurz vor ihrem Ende.

Erst Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) führte das Gremium weg von den großen Themen »Radikalisierung« und »Islamophobie«. Stattdessen stehen aktuell praktische Themen wie die Wohlfahrtspflege oder die

Seelsorge für Muslime bei der Bundeswehr oder in Gefängnissen im Vordergrund.

Der religionspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, Volker Beck, warf dem Dialogforum am Montag in Berlin vor, zu einem »Debattierclub« geworden zu sein, »der sich im Klein-Klein von Einzelfragen verliert«. Er forderte, die Islamkonferenz müsse bei grundlegenden Fragen wie der Anerkennung muslimischer Religionsgemeinschaften vorankommen. Auch wenn die Erfolge der Konferenz überschaubar sein mögen, als Forum für wichtige Debatten wird sie auch weiterhin gebraucht. *nd/Agenturen*

Seite 2

Hollande kündigt Ende des »Dschungels« an

Französischer Präsident will sich mit dem Besuch in Calais von Nicolas Sarkozy abgrenzen

Premiere für Hollande: Erstmals in seiner Amtszeit besucht er Calais. Dort ist die Flüchtlingskrise am drängendsten.

Von Ralf Klingsieck, Paris

Offizieller Anlass war die Grundsteinlegung für die Erweiterung des Fährhafens. Doch der französische Staatspräsident François Hollande hatte bei seinem Besuch am Montag in Calais noch ein weiteres Anliegen: sich vor Ort ein Bild über die Lage der Einwohner und der Geflüchteten machen. Aus Sicherheitsgründen mied er jedoch das »Dschungel« genannte wilde Camp, wo derzeit 9000 Geflüchtete leben und hoffen, irgendwann nach England zu gelangen.

Hollande dankte den Ordnungskräften für ihren Einsatz in Calais, informierte sich bei Hilfsorganisationen über die Lage der Migranten und sagte den Einwohnern von Calais, wo die örtliche Wirtschaft unter der Unsi-

cherheit und dem Imageverlust der Stadt leidet, Unterstützung zu. Er versicherte, dass bis Jahresende alle Flüchtlinge aus Calais in Auffang- und Orientierungslager evakuiert werden. Dort haben sie die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen und unter menschenwürdigen Umständen auf die Entscheidung zu warten. Großbritannien wurde von Hollande aufgefordert, seinen »Anteil an den humanitären Anstrengungen zu leisten«. Auf der Grundlage des bilateralen Vertrags von Le Touquet ist derzeit die britische Grenze auf französischen Boden vorgezogen und britische Beamte kontrollieren schon in Calais die Einreisenden.

Vor allem die rechte Opposition fordert immer wieder, diesen Vertrag zu kündigen und die Flüchtlinge nach Großbritannien abzuschleppen. Als Kompromiss wird von einigen rechten wie linken Politikern vorgeschlagen, auf französischem Boden »Hotspots«

einzurichten, wo britische Beamte Asylanträge entgegennehmen und bearbeiten könnten.

Mit seinem Auftritt in Calais will sich François Hollande offensichtlich von Nicolas Sarkozy und

»Frankreich wird nicht weiter den Anblick wilder Camps bieten.«

François Hollande

anderen rechten Anwärtern für die Präsidentschaftswahl 2017 abgrenzen. Einige der republikanischen Regionalratspräsidenten reagierten empört auf die von der Regierung eingeleitete Verteilung der Flüchtlinge und organisieren sogar den Widerstand von Anwohnern geplanter Flüchtlingslager. Der Präsident versicherte in Calais, Frankreich werde nicht

länger »den Anblick wilder Camps« bieten.

Mit seiner Ankündigung eines menschenwürdigeren Handelns gegenüber den Geflüchteten von heute zieht Hollande offensichtlich auch Konsequenzen aus dem Versagen des Staates nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962. Dieses hatte er am Wochenende in Paris erstmals offiziell eingeräumt. Seinerzeit hatte die Pariser Regierung die »Harki« genannten einheimischen Hilfsfreiwilligen der Kolonialarmee vor Ort ihrem Schicksal überlassen. Historikern zufolge haben 55 000 bis 75 000 von ihnen durch Racheakte ihrer Landsleute das Leben verloren. Nur in einigen Fällen haben sich Offiziere über das offizielle Evakuierungsverbot hinweggesetzt und einige tausend Harki und ihre Familien nach Frankreich in Sicherheit gebracht. Hier mussten sie viele Jahre in Lagern leben, Rassismus und Diskriminierungen erleiden.

Regionalwahlen stärken Rajoy

Spaniens Sozialisten in Galicien und im Baskenland mit Verlusten

Madrid. Spaniens geschäftsführender Ministerpräsident Mariano Rajoy ist aus den Regionalwahlen im Baskenland und in Galicien als politischer Sieger hervorgegangen. Die konservative Volkspartei (PP) des 61-Jährigen gewann am Sonntag in der Autonomen Gemeinschaft Galicien – Rajoy's Heimatregion – wie vor vier Jahren erneut mit absoluter Mehrheit. Im Baskenland, wo die PP keine wichtige Rolle spielt, mussten die Konservativen im Vergleich zum letzten Urnengang aus dem Jahr 2012 nur geringe Verluste hinnehmen. Die PP wird sich aber vor allem über das schlechte Abschneiden der Sozialisten (PSOE) freuen, die die Position des umstrittenen Parteichefs Pedro Sánchez schwächen dürfte. Im Baskenland wurden die Sozialisten von der linken Protestpartei Podemos vom dritten auf den vierten Platz verdrängt. Sánchez hat bisher eine neue Amtszeit Rajoy's in Madrid blockiert. Andere PSOE-Führer, die sich für die Tolerierung einer PP-Regierung aussprechen, könnten nun Oberwasser gewinnen. *dpa/nd*

Seite 8

Parteispitzen sind für Rot-Rot-Grün

Koalitionsverhandlungen empfohlen

Berlin. Die Verhandlungskommissionen von SPD, Linkspartei und Grünen in der Hauptstadt empfehlen ihren Parteien die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. »Bei den Sondierungsgesprächen hat sich ein gemeinsamer Anspruch gezeigt, in wichtigen Bereichen für die Stadt deutlich voranzukommen«, sagte der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) am Montag im Roten Rathaus. Zuvor hatten sich die drei möglichen Partner für eine Senatsregierung zum ersten Mal gemeinsam zu Sondierungsgesprächen getroffen. Jetzt sind die Parteigremien am Zug, bis Mitte kommender Woche die Koalitionsverhandlungen zu genehmigen.

»SPD, Linke und Grüne sind sich gemeinsam der Tragweite der Berliner Probleme bewusst und entschlossen, sie anzupacken«, sagte der Landesvorsitzende der LINKEN, Klaus Lederer. Auch der Grünen-Landesvorsitzende Daniel Wesener sprach von einem »sehr guten« Gespräch. Den Parteien stehen dennoch sicher harte Verhandlungen, etwa in der Finanzpolitik, bevor. *mkr*

Seite 11

Eine Partei nur fürs Grundeinkommen

Antritt zur Bundestagswahl 2017 wird angestrebt

Berlin. In München hat sich am Sonntag eine neue Partei formiert: »Wir sind gegründet« hieß es im Sozialen Netzwerk Facebook am Sonntagabend vom »Bündnis Grundeinkommen«. Damit hat die Bundesrepublik nun die erste Partei für das bedingungslose Grundeinkommen. 15 Vorstandsmitglieder aus elf Bundesländern wurden im Münchner Einfeld-Welt-Haus gewählt. Die Ziele sind hoch gesteckt: Als reine Ein-Themen-Partei will man die Idee eines voraussetzungslosen Existenzgeldes schon bei den Bundestagswahlen als Alternative auf die Stimmzettel bringen und so das Thema im Wahlkampf 2017 platzieren.

Ronald Trzaska, der am Sonntag zum Vorsitzenden der Grundeinkommenspartei gewählt wurde, verwies bereits im Vorfeld auf »Testversuche in Finnland, Niederlande und demnächst in Kanada« sowie die Volksabstimmung in der Schweiz. Das bedingungslose Grundeinkommen biete sich auch »in Industrieländern als attraktives Zukunftsmodell für eine gesellschaftliche Gestaltung im 21. Jahrhundert« an. *vk*

